

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

**Beteiligung Bund an den Sicherheitskosten für besonders gefährdete
Minderheiten**

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Kuhn, Sarah

Bevorzugte Zitierweise

Kuhn, Sarah 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Beteiligung Bund an den Sicherheitskosten für besonders gefährdete Minderheiten, 2019 – 2022*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 23.06.2025.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Bildung, Kultur und Medien	1
Kultur, Sprache, Kirchen	1

Abkürzungsverzeichnis

SVS	Sicherheitsverbund Schweiz
NDB	Nachrichtendienst des Bundes (bis 2010: Strategischer Nachrichtendienst und Dienst für Analyse und Prävention)
Fedpol	Bundesamt für Polizei
<hr/>	
RNS	Réseau national de sécurité
SRC	Service de renseignement de la Confédération (à 2010: Service de renseignement stratégique et Service d'analyse et de prévention)
Fedpol	Office fédéral de la police

Allgemeine Chronik

Bildung, Kultur und Medien

Kultur, Sprache, Kirchen

Kultur, Sprache, Kirchen

VERORDNUNG / EINFACHER
BUNDESBESCHLUSS
DATUM: 10.10.2019
SARAH KUHN

Anfangs Oktober 2019 gab der Bundesrat in einer Medienmitteilung bekannt, dass sich der **Bund neu pro Jahr mit bis zu CHF 500'000 an den Sicherheitskosten von <besonders gefährdeten Minderheiten> beteiligen wird**. Die entsprechende Verordnung sei auf ein Konzept des Sicherheitsverbundes Schweiz (SVS) zurückzuführen. Die Gelder sollen gemäss Medienmitteilung für Massnahmen eingesetzt werden, mit denen Straftaten verhindert werden können – wie beispielsweise durch die Installation von Überwachungskameras –, jedoch nicht für Sicherheitspersonal. Um Unterstützungsleistungen zu erhalten, wird nebst einem erhöhten Sicherheitsrisiko verlangt, dass die Minderheitsgruppen über eine «gefestigte Bindung zur Schweiz und ihren Werten» verfügen. Jüdische und muslimische Glaubensgemeinschaften dürften gemäss Medienmitteilung im Zentrum dieser Massnahme stehen. Die Verordnung trat am 1. November 2019 in Kraft.¹

VERORDNUNG / EINFACHER
BUNDESBESCHLUSS
DATUM: 13.04.2022
SARAH KUHN

In einer Medienmitteilung gab der Bundesrat im April 2022 bekannt, dass die **Schutzbeiträge des Bundes für besonders schutzbedürftige Minderheiten erhöht** werden. Eine Evaluation des Fedpol habe gezeigt, dass die bisherigen Unterstützungsbeiträge seit 2020 positive Auswirkungen gehabt hätten, der bisherige Betrag von CHF 500'000 pro Jahr jedoch die hohe Nachfrage nicht decken könne. Neu stelle der Bund für die Jahre 2023 bis 2027 jährlich CHF 2.5 Mio. zur Verfügung. Ein Teil dieser Mittel soll neu auch für die Einrichtung ganzheitlicher Sicherheitskonzepte zur Verfügung stehen. Ab 2028 soll der Betrag auf CHF 2 Mio. pro Jahr reduziert werden. Die Erhöhung begründete der Bundesrat damit, dass der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) ein erhöhtes Sicherheitsrisiko in Bezug auf terroristische oder extremistische Angriffe auf jüdische oder muslimische Glaubensgemeinschaften festgestellt habe.²

1) Medienmitteilung BR vom 10.10.19

2) Medienmitteilung BR vom 13.4.22